

Projekt „Solidarische Gemeinde“

Umsetzung des Prozesses „sozialwort 10+“



Ökumenischer Rat
der Kirchen
in Österreich

www.oekumene.at

Impressum:
Herausgeber: Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich
Severin-Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien, www.oekumene.at
Evangelischer Presseverband, 1. Auflage 2016
Foto: M. Uschmann, Bildbearbeitung: C. Kröll

Einleitung: Solidarische Gemeinde

Mit dem „Sozialwort“ von 2003 hat der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) einen Meilenstein gesetzt. Alle Mitgliedskirchen haben es angenommen. Damit ist es gelungen, dass Kirchen westlicher und östlicher Tradition gemeinsam eine Orientierungshilfe für die sozialen Fragen der Zeit geben konnten. Zu Recht ist das Sozialwort als „Kompass“ für Kirchen und Gesellschaft bezeichnet worden. Es hat sich bewährt im Dialog mit der Zivilgesellschaft und den politischen Kräften des Landes. Es hat mitgeholfen, dass die Kirchen gemeinsam klare Positionen beziehen können.

Zehn Jahre später hat der ÖRKÖ beschlossen, die Impulse des Sozialworts wieder aufzugreifen. Ein einjähriger Prozess „sozialwort 10+“ wurde im Auftrag des ÖRKÖ von der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe) umsichtig geplant und engagiert durchgeführt. In einer Reihe von Veranstaltungen hat sich die ungebrochene Aktualität des Sozialworts erwiesen. Bestärkt wurde die Überzeugung, dass Kirchen in der Gesellschaft durch ihre Gemeinden, Pfarren und Einrichtungen wirksam sind. Der ÖRKÖ sieht dankbar das große Engagement, das hier glaubwürdig gelebt wird. Die vorliegende Arbeitshilfe will dazu anregen, auf diesem Weg weiterzugehen und vielleicht auch neue Herausforderungen anzunehmen. Wir stellen diese Anregung unter das Leitwort „Solidarische Gemeinde“. An vielen krisenhaften Entwicklungen ist zu sehen, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt auflösen droht. Immer mehr Menschen werden dadurch zu Verlierern. Die Kirchen sind durch ihre Grundlage, die Heilige Schrift, und ihre jeweiligen Traditionen aufgefordert, für diejenigen einzutreten, deren Lebensgrundlagen und Lebensmöglichkeiten bedroht oder bereits in Frage gestellt sind.

Die Herausforderungen von heute werden anhand von Themenfeldern entfaltet. Dabei wird bei der Vulnerabilität angesetzt, denn jedes von ihnen betrifft verletzte Menschen, die Solidarität brauchen. Ihre Situation ist durch Anfälligkeit, Schutzlosigkeit und Unsicherheit geprägt. Sie brauchen nicht nur materielle Unterstützung, sondern Teilhabemöglichkeiten und die Einbindung in soziale Netze. Die Gemeinden der Kirchen des ÖRKÖ sind solche Netze. Sie sind nahe bei den Menschen und können vor Ort, in der Nachbarschaft und in Partnerschaft mit anderen Akteuren im Bereich sozialer Arbeit wirken. Für mögliche Kooperationen ist insbesondere auf die Caritas, die Diakonie, die Katholische Sozialakademie und andere kirchliche Einrichtungen hinzuweisen.

Für die Mithilfe und Beratung bei der Erstellung dieser Arbeitshilfe dankt der ÖRKÖ Martina Kargl (Caritas), Martin Schenk (Diakonie) sowie Magdalena Holztrattner und Markus Blümel (ksoe). Zu jedem Themenfeld bietet diese Arbeitshilfe grundlegende Informationen (Zehn Mythen), einen biblisch-theologischen Kompass (Zehn Orientierungen) und konkrete Handlungsanregungen (Zehnmahl gute Praxis).

Zehn Mythen

Themenfeld Existenzsicherung

Mythos 1: „Mindestsicherung ist eine Sozialleistung für die Menschen am Rand der Gesellschaft“

Es stimmt: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist z.B. auch für obdachlose Menschen da. Auch, aber nicht nur: Die Zahl der Menschen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) zurückgreifen müssen, ist seit der Jahrtausendwende und angeheizt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise massiv gestiegen. 2014 haben 256.000 Personen zumindest einmal eine BMS-Leistung erhalten – mehr als ein Viertel davon waren minderjährige Kinder und Jugendliche. Doch die allerwenigsten Bezieher/innen leben ausschließlich von BMS. Die große Mehrheit braucht sie, um nicht existenzsichernde Leistungen der Arbeitslosenversicherung aufzustocken. Bei den BMS-Bezieher/innen ist auch an Frauen zu denken, die im Zuge einer Scheidung auf Unterhalt verzichtet und deshalb auch keinen Anspruch auf Witwenpension haben. Oder an Menschen mit erheblicher Behinderung, die in Privathaushalten leben. Oder an Gering-Verdienende mit mehrköpfiger Familie, für die in Summe der Lohn nicht reicht. Oder an pflegende Angehörige, die von der Pflege so in Anspruch genommen sind, dass sie daneben nicht erwerbstätig sein können. Eines ist aber auch gewiss: Trotz der steigenden Bezieher/innen-Zahlen sind jene, die BMS trotz Notlage nicht in Anspruch nehmen, in der Überzahl.

Die Daten zeigen, dass die Mindestsicherung für die große Mehrheit eine **kurzfristige Überbrückungshilfe** darstellt. Die **durchschnittliche Bezugsdauer beträgt zwischen sechs und neun Monaten, bei 20 % der unterstützten Haushalte ist sie kürzer als drei Monate**. Dabei ist zu bedenken, dass zum BMS-Bezieher/innen-Kreis auch Personen gehören, die kaum Chancen für einen Ausstieg aus der BMS haben, wie z.B. Personen im Pensionsalter oder Menschen mit erheblicher Beeinträchtigung.

Quelle: Statistik Austria

Mythos 2: „Die Mindestsicherung ermöglicht den Menschen ein bequemes Leben“

Die durchschnittliche Höhe der monatlichen BMS-Leistung je Haushalt liegt weit unter den maximal möglichen Leistungssätzen: Sie betrug im Oktober 2014 € 604,-. Bei Haushalten von Paaren mit vier oder mehr Kindern lag die durchschnittliche Leistungshöhe bei € 1.106,-. Das hat damit zu tun, dass der Großteil der BMS-beziehenden Haushalte diese nur aufstockend zu sonstigen Einkommen wie Erwerbseinkommen, AMS-Leistungen oder Kinderbetreuungsgeld erhält.

Nach Abzug der Fixkosten fürs Wohnen bleiben rund einem Drittel der Menschen, die sich hilfeschend an die Sozialberatung wenden, weniger als € 4,- pro Tag und Person im Haushalt übrig, um alle anderen Bedürfnisse abzudecken. Ein Leben am Limit verursacht außerdem Stress. Dutzende Studien weisen den Zusammenhang von ökonomischer Belastung und schlechtem Stress nach.

Für eine alleinstehende Person beträgt die BMS-Leistung (2016) für den Lebensbedarf € 628,-. Für das Wohnen gibt es € 209,-. In einigen Bundesländern kommen noch zusätzliche Leistungen für das Wohnen hinzu, in anderen nicht. Wohnt jemand im Eigenheim, steht (mit Ausnahme Wiens) nur die halbe Leistung für das Wohnen zu. Geld gibt es in diesem Fall nur für die Betriebskosten, nicht aber z.B. für Raten für Wohnraumschaffungskredite. Dieses Geld gibt es auch nicht automatisch auf die Hand: Es ist die maximal mögliche Summe. Existieren andere Einkommen im Haushalt, werden sie bis zu diesem Betrag aufgestockt. Deshalb betrug z.B. in OÖ die durchschnittliche BMS-Leistung an Alleinstehende im Oktober 2014 auch nicht € 828,-, sondern € 432,-. BMS-Bezieher/innen sind auch schlechter gestellt als so genannte „Mindestpensionisten/innen“: Diese erhalten 14-mal jährlich eine Ausgleichszulage, BMS-Bezieher/innen in der Regel nur zwölfmal (mit Ausnahmen für einzelne Gruppen wie z.B. Kinder in einigen, aber nicht allen Bundesländern).

Die Höhe der BMS hat keine Rückbindung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Beim Thema Wohnen wird das am offensichtlichsten. BMS ist Leben am Limit. Ein Leben am Limit aber verursacht krankmachenden Stress.

Bequem ist das Leben mit BMS aber auch aus anderen Gründen nicht: Als Eigenheim-Besitzer/in muss man Haus oder Wohnung zwar nicht verkaufen. Aber nach sechs Monaten BMS-Bezug dulden, dass die BMS-Behörde eine grundbücherliche Sicherstellung vornimmt und damit ein Pfandrecht erhält. Dieses Pfandrecht verjährt nicht und geht auch auf die Erben über. Wer im Erwerbsalter und erwerbsfähig ist, muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, für Kinderbetreuung und Pflege gibt es nur eingeschränkt Ausnahmen. Und auch Unterhaltsklagen gegen greise Eltern oder umgekehrt erwachsene Kinder dürfen verlangt werden. Dann prüft das Gericht, ob die Selbsterhaltungsfähigkeit verlorengegangen ist (was sehr selten der Fall ist) und ob deshalb Unterhaltsverpflichtungen bestehen.

Mythos 3: „Gibt eh nur Missbrauch in der Mindestsicherung“

Die BMS-Behörden haben sich einiges einfallen lassen, um Missbrauch zu verhindern. BMS-Bezieher/innen sind für die Behörden in vielen Aspekten gläserne Menschen. Nicht bloß, dass Antragsteller/innen ihre Lebensverhältnisse völlig offenlegen müssen. Die Behörde weiß durch umfangreiche Amtshilfeverpflichtungen auch ohne Information durch die Hilfesuchenden, ob z.B. eine Beschäftigung oder eine AMS-Sperre vorliegt, ob ein KFZ auf ihren Namen läuft oder wer sonst noch an ihrer Wohnadresse gemeldet ist. Ein Blick in den Computer genügt.

Auch während des laufenden Bezugs sind jederzeit Kontrollen möglich, z.B. mittels unangemeldeter Hausbesuche. Sollte sich herausstellen, dass Leistungen zu Unrecht bezogen wurden, sind sie zurückzuzahlen. Verwaltungsstrafen bis zu € 4.000,- und auch Ersatzfreiheitsstrafen sind möglich. Anzeigen wegen des „Erschleichens“ von Leistungen mit bewusst falschen Angaben sind aber sehr selten. So wurden beispielsweise im Jahr 2013 in NÖ 330 Haushalte mittels Hausbesuch überprüft; in nur zwei Fällen lag ein widerrechtlicher Bezug vor. Hinter einem unrechtmäßigen Leistungsbezug muss außerdem nicht notwendigerweise eine betrügerische Absicht stehen. Es kann sich auch schlicht um Missverständnisse und Versehen handeln – auch auf Seiten des Amtes. Das Gros der „Übergenüsse“ entsteht daraus, dass Veränderungen der Lebenssituation dem Amt verspätet gemeldet werden. Auch sie sind zurückzuzahlen.

Und was nicht vergessen werden darf: Eine große Zahl von Bezugsberechtigten nimmt keine Leistungen in Anspruch. Diese „Non-Take-Up“-Quote ist am Land noch wesentlich höher als in den Städten. Die Zahl der Einkommensarmen in Österreich, die trotz Anspruch keine Mindestsicherung erhalten, ist enorm. Die großen Probleme in der Mindestsicherung lauten also nicht soziale Hängematte, sondern Nicht-Inanspruchnahme und Sozialbürokratie.

Quellen: L&R Sozialforschung, Die Armutskonferenz

Mythos 4: „Die Mindestsicherung fördert den Sozialtourismus nach Österreich“

Nicht-Österreicher/innen haben nur unter bestimmten Voraussetzungen Zugang zu Mindestsicherungsleistungen:

- **EU-Bürger/innen¹** haben während der ersten fünf Jahre ihres Aufenthalts in Österreich grundsätzlich nur dann Anspruch auf BMS, wenn sie erwerbstätig sind. Verlieren sie ihren Job, bleibt der Anspruch nur dann bestehen, wenn sie unfreiwillig erwerbslos geworden sind. Waren sie kürzer als ein Jahr erwerbstätig, erlischt der Anspruch nach sechs Monaten. Der Europäische Gerichtshof hat in den letzten Monaten entschieden: Bürger/innen anderer EU-Mitgliedstaaten, die für die Dauer der Arbeitssuche BMS beantragen wollen, können keine Ansprüche geltend machen. Schon gar nicht können das jene EU-Bürger/innen, die mit der Absicht nach Österreich kommen, hier von Sozialleistungen zu leben. Wer also überlegt, ob er Bettler/innen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU etwas geben soll, kann

¹ Genauer: EU plus Liechtenstein, Norwegen, Island und die Schweiz

sicher sein: Außer Almosen von Privatpersonen und sozialen Organisationen haben diese hier nichts zu erwarten.

- Für **Drittstaats-Angehörige** (vereinfacht gesagt: alle anderen Länder der Welt) gelten wieder andere Regeln: Sie haben nur dann einen Anspruch, wenn sie einen so genannten „Daueraufenthaltstitel“ nachweisen können (in Tirol genügt eine so genannte Aufenthaltsverfestigung). Ein solcher ist nicht einfach zu bekommen: Nur wer in den letzten fünf Jahren ununterbrochen in Österreich niedergelassen war und außerdem Modul 2 der Integrationsvereinbarung erfüllt hat (und damit Deutschkenntnisse auf gehobenem Niveau nachweisen kann), kann ihn erhalten. Zur Niederlassung ist aber nur berechtigt, wer neben Deutschkenntnissen auch nachweisen kann, dass er den österreichischen Sozialstaat nicht braucht, weil er ein ausreichendes Einkommen und eine Krankenversicherung hat. Das bedeutet umgekehrt: Personen, die schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten legal in Österreich leben oder sogar hier geboren sind, haben damit nicht automatisch auch Anspruch auf BMS.
- **Flüchtlinge** wiederum erhalten für die Dauer des Asylverfahrens nicht BMS, sondern Grundversorgung, die von der Höhe deutlich niedriger ist. Erst nach einem positiven Ausgang des Asylverfahrens haben sie auch Anspruch auf BMS. 2014 wurden österreichweit ca. 7100 Anträge auf Asyl positiv beschieden. Diese Menschen haben in der BMS die gleichen Rechte wie Österreicher/innen – aber auch die gleichen Pflichten. Das gilt insbesondere auch für die Pflicht zum Einsatz der Arbeitskraft.

Mythos 5: „Schön und gut – aber das kostet ja alles Unsummen.

Wie sollen wir uns das leisten?“

Mit der Zahl der Bezieher/innen sind auch die Kosten der bedarfsorientierten Mindestsicherung gestiegen. Für Geldleistungen und Krankenhilfe haben die Länder 2014 in Summe € 708 Mio. ausgegeben (brutto; ohne Berücksichtigung von Rückflüssen durch Kostenersätze und Rückforderungen). Das mag auf den ersten Blick viel erscheinen – relativiert sich aber angesichts der Summe der Sozialausgaben in Österreich. Diese machten 2014 € 102.113 Mio. aus. 44 % davon entfielen auf Leistungen für „Alter“ (Pensionen etc.). **Gemessen an den Gesamt-Sozialausgaben entsprachen die Ausgaben für die BMS einem Anteil von 0,7 %.** Das wird den Sozialstaat nicht zusammenbrechen lassen.

Quellen: Statistik Austria, Sozialministerium

Mythos 6: „Wer wirklich will, findet auch eine Arbeit“

Beschäftigung und Erwerbslosigkeit finden sich parallel auf einem Rekord-Hoch. Noch nie waren so viele Menschen in Österreich in Beschäftigung wie 2014, nämlich 2,18 Mio. Männer und 1,94 Mio. Frauen. Seit 2004 hat die Zahl der selbständig oder unselbständig Erwerbstätigen fast jährlich zugenommen. Aber: Die Zahl der gearbeiteten Stunden ist im selben Zeitraum fast

gleichgeblieben (+0,6 %). Wie das geht? Die Erwerbstätigen arbeiten pro Woche weniger als früher; und die neu geschaffenen Jobs waren in starkem Maße Teilzeit-Jobs.

Gleichzeitig gab es im Jahr 2014 im Jahresdurchschnitt 319.357 Personen, die zumindest einen Tag lang beim Arbeitsmarkt-Service als arbeitssuchend gemeldet waren. Weitere 75.317 waren in Schulung. Diese Daten entsprechen dem Durchschnitt, der sich aus monatlichen Stichtagsabfragen ergibt. Die Erfahrung der Erwerbslosigkeit haben mit 922.387 Personen wesentlich mehr Menschen gemacht. Den in Summe im Jahresdurchschnitt 394.674 erwerbslos gemeldeten bzw. in Schulung befindlichen Menschen standen 26.320 beim AMS gemeldete offene Stellen gegenüber. Das bedeutet: Auf jede gemeldete freie Stelle kamen rein rechnerisch 15 Bewerber/innen. Am niedrigsten war die so genannte Stellenandrangsziffer bei den Personen mit Lehrabschluss (8,4), sehr hoch bei den Personen mit maximal Pflichtschulausbildung (24,2), am höchsten bei der mittleren Ausbildung (27).

Quelle: Arbeitsmarktservice (AMS)

Themenfeld Flüchtlinge

Mythos 7: „Asylwerber nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

Viele Asylwerber/innen würden gerne während ihres Asylverfahrens arbeiten, um für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen und ihre Angehörigen versorgen zu können. In der Zeit der behördlichen Prüfung sind Asylwerber/innen oft zum Nichtstun verurteilt. Asylsuchende haben nur einen begrenzten Zugang zum Arbeitsmarkt, sie sind praktisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Für junge Asylsuchende bis 25 Jahre wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt gelockert: Sie dürfen eine Lehre beginnen, allerdings nur in jenen Branchen, in denen es einen Lehrlingsmangel oder einen Fachkräftemangel gibt.

Asylwerber/innen dürfen gemeinnütziger Arbeit nachgehen, da hierfür keine Arbeitsbewilligung benötigt wird. Darunter fallen Jobs wie Grünflächenpflege, Schneeräumen oder das Reinigen von Flüchtlingsquartieren. Diese Arbeit wird mit einem Anerkennungsbeitrag von wenigen Euro pro Stunde abgegolten. Privatpersonen dürfen Asylsuchende nicht für gemeinnützige Arbeit engagieren.

Drei Monate nach der Zulassung zum Asylverfahren können sie dann befristet einer Saisonbeschäftigung im Tourismus oder in der Land- und Forstwirtschaft nachgehen – aber nur mit Beschäftigungsbewilligung, für die es wiederum ein eigenes bürokratisches Verfahren braucht.

Asylwerber/innen dürfen € 110,- im Monat dazuverdienen. Verdienen sie mehr, verlieren sie ihren Anspruch auf Grundversorgung und Krankenversicherung.

Themenfeld Bettler

Mythos 8: „Bettler sind gar nicht arm“

Es gibt kaum empirische Untersuchungen über Bettler/innen aus den Nachbarstaaten Österreichs. Heinz Schoibls Studie aus dem Jahr 2013 ist eine der wenigen, die uns soziologisch etwas tiefer über Notreisende, die nach Österreich kommen, Auskunft geben kann. Die meisten Bettler kommen als Pendler. Unter diesen „Pendlern“ finden sich ausgeprägte (groß-)familiale Bindungen, die auch darin zum Ausdruck kommen, dass viele Frauen an den Notreisen teilnehmen und minderjährige Kinder sowie ältere Familienangehörige, z.T. mit körperlichen Beeinträchtigungen, mitkommen. Der überwiegende Teil ihrer Familien aber verbleibt in der Herkunftsregion und wartet auf finanzielle Unterstützung. Das zentrale Motiv für die Notreise ist der Erwerb eines finanziellen Beitrags zur Deckung der (Über-)Lebenskosten für die Familie zuhause. Der Aufenthalt am Zielort ist eher kurz, eine Rückkehr in die Heimat steht in Aussicht und ist abhängig davon, dass „genug“ Geld zusammengespart werden konnte. Während die Männer durch Gelegenheitsarbeit, Verkauf von Straßenzeitungen oder Straßenmusik Einkommen sammeln, dominiert bei den Frauen das Betteln den Tagesablauf. Im Verhältnis einer Millionenstadt wie Wien oder einer Landeshauptstadt wie Salzburg sind es in absoluten Zahlen sehr wenige Personen – aber diese wenigen sind zentral sichtbar.

Mythos 9: „Bettler gehören alle zur Mafia“

Wie so oft ist die Wahrheit vielfarbig, und es gibt in ihr nicht nur Gut oder Böse, nicht nur Opfer oder nur Täter. Da gibt es Leute, die ihre Schulden, die sie im Heimatland bei jemandem haben, auf den Straßen Wiens erbetteln müssen, da gibt es welche, die gemeinsam mit ihren Familien das Auskommen für zuhause zusammensammeln, da gibt es ganze Dörfer, die um ihr Überleben ringen. Meist sind die Bettler mit Verwandten oder Leuten aus demselben Ort hier, manchmal auch allein, meist freiwillig – aber immer durch die Verhältnisse gezwungen, manchmal unter direkter Ausbeutung anderer. Wir wissen es nicht, wen wir jetzt vor uns haben, wenn wir einen Bettler sehen. Was wir wissen, ist, dass diejenigen auf der Straße das letzte, schwächste Glied einer Kette sind, in jedem Fall. Und dass Kriminelle nicht gefasst werden wenn man ihre Opfer kriminalisiert. „Wenn ich bei der Mafia wäre, müsste ich nicht hier sitzen.“ Herr Nikotzki bettelt in Wien. Er kommt aus der Slowakei. Doch weil die Sozialhilfe nicht zum Überleben reicht und er keine Arbeit findet, versucht er mittels Betteln seine Familie durchzubringen.

Der Anblick von Bettlern ist unangenehm. Wenn man noch dazu angesprochen wird und sich bedrängt fühlt, reagiert man ablehnend, beizeiten auch wütend. Das hindert uns jedoch nicht daran, uns der Verhältnismäßigkeit bewusst zu sein – zu sehen, dass da zwei Welten aufeinanderprallen. Nämlich jene des unangenehm Belästigten – und jene der extremen Armut.

Themenfeld Schulden

Mythos 10: Privatkonkurs: „Wer Schulden macht, soll büßen“

Besser helfen, damit Neuanfang möglich wird. Wer rasch entschuldet, entschuldet nachhaltig. Der ökonomische Nutzen der Schuldenregulierung sind vorsichtig geschätzte € 27,4 Millionen. Darin sind die weiteren Effekte, die durch Wiedererlangung der Kaufkraft oder die Verbesserung des Gesundheitszustands entstehen, gar nicht einberechnet. Und nach einer Beratung finden Schuldner rascher wieder Arbeit oder behalten mit höherer Wahrscheinlichkeit ihre Stelle – statt Sozialleistungen zu beziehen, zahlen sie also Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Das wiederum bedeutet Vorteile für Staat und Sozialsystem. Jeder Euro, der in die Schuldenberatung investiert wird, bringt der Gesellschaft einen Gegenwert von € 5,30. Das sind für ganz Österreich positive Wirkungen im Umfang von € 60 Millionen.

Nirgendwo sonst in Europa dauert das Verfahren so lange, und kaum sonst wo existiert eine Mindestquote von 10 % als Entschuldungshürde. Diese Hürde macht gerade einkommensschwachen Personen einen Neustart fast unmöglich. In den meisten europäischen Staaten ist hingegen eine Tendenz der Entschuldungsdauer von etwa fünf hin zu drei Jahren auszumachen.

Quellen: Institut für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien; ASB Schuldenberatungen

Biblisch-theologischer Kompass

Zehn Orientierungen

Themenfeld Existenzsicherung

„Jeder hatte gesammelt, soviel er zum Essen brauchte“ (2. Mose 16,18)

Die Sozial- und Wirtschaftsgesetze der Bibel haben zum Ziel, dass die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen nicht ins Unermessliche wächst und von Zeit zu Zeit korrigiert wird. Die Urgemeinde in Jerusalem lebte in Gütergemeinschaft, wo jede/r haben konnte, was er oder sie zum Leben brauchte. Leitmotiv der ersten Gemeinden war der Ausgleich zwischen Arm und Reich. Niemand sollte gezwungen sein, ohne jede Absicherung zu leben. Die Speisungsgeschichten der Bibel (z.B. Markus 6,30-44) zeigen: Weil genug für alle da ist, werden alle satt. Daher gehört die Forderung nach einem existenzsichernden Einkommen zu den Grundanliegen der Kirchen.

Themenfeld Flüchtlinge

„Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“ (Matthäus 25,26)

Die Bibel ist von Anfang an durchzogen von Geschichten der Flucht und Migration. Gottes Volk soll nie vergessen, dass es selbst fremd war in Ägypten und aus der Sklaverei geflohen ist. Auch Jesus kommt als Flüchtlingskind zur Welt. Die christlichen Kirchen waren durch Jahrhunderte Zufluchtsorte für Menschen in Not (Kirchenasyl). Daher treten die Kirchen bis heute weltweit für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen ein. Kirchliche Hilfsorganisationen leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag. Die Gemeinden sind Orte der Gastfreundschaft, wo Asylsuchende Aufnahme und Unterstützung finden.

Themenfeld Bettler

„Arme habt ihr allezeit bei euch“ (Johannes 12,8)

Bettelnde Menschen hat es immer gegeben. Jesus hat selbst ohne Besitz gelebt und war auf die Unterstützung anderer angewiesen. Sein Umgang mit Bettlern zeigt, dass er sie nicht beschämt und an den Rand gedrängt hat. Er fragt auch nicht nach den Gründen, die zur Bettelarmut geführt haben, und unterstellt ihnen keine schlechten Absichten. Das Gleichnis vom armen Lazarus (Lukas 16,19-31) zeigt, dass Gott auf der Seite derer steht, die hier zu kurz kommen. Daher setzen sich die Kirchen für einen besonnenen Umgang mit der Bettelei heute ein. Sie verlangen, dass die konkreten Menschen in ihren Nöten gesehen und ernst genommen werden.

Themenfeld Alleinerziehende

„Den Elenden Recht schaffen und den Armen helfen“ (Psalm 72,4)

Immer wieder wird in der Bibel von alleinerziehenden Müttern erzählt. Meist sind sie in verzweifelter Not und brauchen Hilfe. Die Propheten wie Elia und Elisa (1.Könige 17,10-23; 2. Könige 4,1-7) wenden sich ihnen ebenso zu wie Jesus in der Begegnung mit der syrophönizischen Frau (Markus 7,24-30). Neben der damals üblichen patriarchalen Familie war es offenkundig schwer, zu überleben. Die „Witwen und Waisen“ galten sprichwörtlich als notleidend und schutzbedürftig (Jesaja 1,17). Die meisten Alleinerziehenden sind Frauen. Sie sind heute in besonderer Weise von Armut betroffen oder gefährdet. In der Gemeinde erfahren sie Unterstützung. Sie sollen erfahren, dass sie dort – im Gottesdienst, im Kindergarten und bei Veranstaltungen – ohne Bedingung angenommen sind und dazugehören.

Themenfeld Arbeitslosigkeit

*„Gott setzte den Menschen in den Garten Eden, dass er ihn bebaue und bewahre“
(1.Mose 2,15)*

Durch die Schöpfung beruft Gott alle Menschen zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Arbeit erhält dadurch einen besonderen Stellenwert. Sie ist Ausdruck der unverlierbaren Menschenwürde. Durch sie können Menschen nicht nur ihre Lebensgrundlagen erwirtschaften, sondern auch sich entfalten und ihre Begabungen zum Wohl aller einbringen. Umso belastender ist daher die Arbeitslosigkeit. Gemeinden können wohl nur begrenzt selbst Arbeitsplätze schaffen oder zur Verfügung stellen. Aber sie können Räume bieten, wo Betroffene zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen.

Themenfeld Krankheit

„Er half vielen Kranken“ (Markus 1,34)

Von Jesus werden zahlreiche Heilungen berichtet. Er hat sich den Kranken, die zugleich sozial an den Rand gedrängt waren, zugewandt. Christen haben bereits in der Antike die ersten Krankenhäuser gegründet. Bis heute gehören für sie das Heil der Seele und die Heilung zusammen. Krankheit, vor allem langanhaltende und chronische Krankheiten, bedrohen Menschen in ihren Lebensgrundlagen. Die Sicherung eines leistbaren und für alle offenen Gesundheitssystems ist daher ein eminent christliches Anliegen. Zur kirchlichen Aufgabe der Krankenhäuser und der Krankenhauseelsorge gehört daher die Begleitung Kranker und ihrer Angehörigen durch die Gemeinden und ihr Gebet und wirkungsvolles Handeln.

Themenfeld Pflege

„Wo du hingehst, will ich auch hingehen“ (Ruth 1,16)

Im biblischen Buch Ruth wird erzählt, wie die junge Witwe Ruth ihre Schwiegermutter Naomi begleitet und für sie sorgt. Naomi ist alt und kommt nicht mehr allein zurecht. Solche Beispiele veranschaulichen, was es heißt „Vater und Mutter zu ehren“, wie es im vierten Gebot heißt (2.Mose 20,12). Heute ist die Frage der Pflege durch die demographische Entwicklung eine ganz besonders drängende Herausforderung. Die Lebenserwartung steigt und die Zahl der alten und pflegebedürftigen Menschen nimmt stark zu. Wie es um die Menschenwürde in unserer Gesellschaft steht, lässt sich auch am Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen

ablesen. Pfarrgemeinden können Treffpunkte für pflegende Angehörige sein, wo sie Informationen, Austausch und Unterstützung finden.

Themenfeld Kinder/Bildung

„Lasst die Kinder zu mir kommen“ (Markus 10,14)

Der zwölfjährige Jesus im Tempel lässt alle staunen über sein Wissen und seine Klugheit (Lukas 2,41-52). So ist er zum biblischen Vorbild geworden, dass alle Kinder Zugang zur Bildung haben sollen. Bildung ist eine Schlüsselfrage unserer Gesellschaft. Sie ist nicht nur aus ökonomischer Sicht entscheidend, sondern auch ein wirksames Mittel der Armutsbekämpfung und der Integration von Zuwandernden. Das Bildungssystem zeigt aber auch, wie die Verantwortung für die Heranwachsenden, für Kinder und Jugendliche wahrgenommen wird. Bildungsgerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen, denn nur wo sie gegeben ist, werden allen Kindern Teilhabemöglichkeiten erschlossen. An der Bildung der Kinder zu mündigen und selbstbewussten Menschen entscheidet sich die Zukunft.

Themenfeld Behinderte

„Was willst du, dass ich für dich tun soll?“ (Lukas 18,41)

Jesus fragt den Blinden vor Jericho: „Was willst du, dass ich für dich tun soll?“ Er begegnet ihm als Partner und lässt ihm die Möglichkeit, selbst über sein Leben zu bestimmen. Kein Mensch ist perfekt. Aber jeder Mensch hat besondere Gaben und Stärken.

Das Bild der christlichen Gemeinde als Leib mit den verschiedenen Gliedern (1. Korinther 12,12-31) zeigt, dass eine Gemeinschaft möglich ist, in der alle ihre Gaben einbringen können und für ihre Schwächen Unterstützung erhalten. Solche Gemeinschaften verwirklichen mit einem heutigen Begriff die Inklusion, ohne die auch die Gesellschaft ärmer wird. Weil es niemanden gibt, der nichts einzubringen hätte.

Themenfeld Schulden

„Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern“ (Matthäus 6,12)

Schulden schaffen Abhängigkeit, die oft so groß sein kann, dass es keinen Ausweg mehr gibt. Ein menschenwürdiges Leben wird unmöglich. Heute sind davon nicht nur im weltweiten Maßstab die Länder des Südens betroffen, sondern immer mehr Menschen in den reichen Ländern des Nordens.

Die biblische Überlieferung berichtet von wirkungsvollen Maßnahmen der regelmäßigen Entschuldung (3.Mose 25), weil die Schuldenspirale gestoppt werden muss, um Menschen wieder Lebensmöglichkeiten zu eröffnen. Daher setzen sich die Kirchen dafür ein, dass es für Länder, aber auch für Einzelpersonen Wege aus der Verschuldung gibt.

Zehnmal gute Praxis

Ideen rund um die Gemeinde

Idee 1: Arbeitslos: „Zwischenzeit“

Arbeitslosigkeit ist keine Krankheit, aber sie kann krank machen. Betroffene wissen: Ich muss nicht nur ständig um mein Existenzminimum kämpfen, sondern auch mit Niedergeschlagenheit, Ohnmacht, Hilflosigkeit, Ausgrenzung, Scham und Verlust des Selbstwertgefühls. Wir wollen gemeinsam etwas dagegen tun: durch regelmäßige Treffen mit Erfahrungsaustausch, die Gruppe als Solidargemeinschaft erleben, in der man einander zuhört und sich gegenseitig hilft, erfahren, dass ich als Mensch, auch ohne Arbeit, wertvoll bin und Fähigkeiten und Fertigkeiten besitze, die ich für andere einsetzen kann.

Das Projekt „Zwischenzeit“ – angelehnt an die Bezeichnung „between jobs“ der „pastoral care“ der Reformierten Kirche in Pretoria für die Arbeitslosenseelsorge – bietet: psychologische Beratung und Unterstützung für arbeitslose Menschen (einzeln oder in der Gruppe) und Unterstützung bei der Bildung von Selbsthilfegruppen oder Netzwerken.

Mehr dazu: Stadtdiakonie Wien <http://diakoniewien.at/>

Dazu: Projekt „SOZIAL-STAMMTISCH“ (ksoe)

Hier haben sich „Stammtische“ bewährt, die auf kommunaler bzw. regionaler Ebene angesiedelt sind, die aktuelle Fragen der „sozialen Sicherheit“ oder auch andere Themen aufgreifen und diese in qualitativ hochwertiger Weise bearbeiten.

*So hat etwa das „Sozialwort-Forum Stadlau“ kürzlich sein zehnjähriges Jubiläum gefeiert:
<http://www.pfarrestadlau.at/termine.htm>*

*Oder der gesellschaftspolitische Stammtisch in Vorarlberg:
<http://www.kath-kirche-vorarlberg.at/organisation/ethikcenter/rueckblick-gesellschaftspolitischer-stammtisch-2014-bis-2015>*

Idee 2: Mitgehen: Begleitdienste für Armutsbetroffene

Wer geht mit? Armutsbetroffene, Arbeitslose oder Menschen mit chronischen Erkrankungen können Begleitung gut brauchen, wenn es um Amtstermine geht. Das stärkt in einem stressigen Moment, das hilft aber auch in einer belastenden Situation und fördert respektvolle Behandlung. Initiativen wie pro mente organisieren seit Jahren für Menschen in psychischen Krisen solche Begleitdienste, auch bei zahlreiche Sozialinitiativen gehen Ehrenamtliche bei Behördenwegen mit.

*Mehr dazu: pro mente: <http://www.promenteaustria.at/>
Die Armutskonferenz: www.armutskonferenz.at*

Weiters: Begleitung und Buddys für Flüchtlinge

Das Projekt Elongó, das der Diakonie Flüchtlingsdienst in St. Pölten und Salzburg durchführt, bietet Familien bzw. Personen mit Fluchthintergrund die Möglichkeit, Kontakte und Anschluss zu finden. Damit soll ihnen der Start in ihre neue Zukunft erleichtert werden. Zugleich bietet es Österreicherinnen und Österreicherinnen die Möglichkeit, mehr über Menschen mit Fluchthintergrund zu erfahren – und damit eine Grundlage für gegenseitiges Verständnis zu bereiten. Wie kann man Menschen am besten dabei unterstützen, sich in einem neuen Land zurechtzufinden? Den Familien bzw. Personen, die am Programm teilnehmen, werden Buddys zur Seite gestellt, die sie mit der österreichischen Gesellschaft vertraut machen, die für sie Ansprechpersonen bei Alltagsfragen sind, mit ihnen Deutsch üben oder sich Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten nehmen.

Elongó unterstützt Flüchtlinge, ihre Vorhaben aktiv in die Tat umzusetzen. Auch werden sie als Experten und Expertinnen bei Schulungen und Veranstaltungen eingesetzt.

Mehr dazu: <https://fluechtlingsdienst.diakonie.at/einrichtung/.../projekt-elongo-salzburg>

<https://fluechtlingsdienst.diakonie.at/einrichtung/integrations-und-bildungszentrum-st-poelten/elongo-das-buddy-projekt-im-ibz-st-poelten>

Idee 3: Erzählcafé mit Bettlern

Es wird viel *über* Bettler geschrieben und gesprochen, jedoch wenig *mit* ihnen. Ziel dieser Treffen ist es, den bettelnden Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, ihnen Raum für ihre Bedürfnisse zu geben, ihnen für Fragen zur Verfügung zu stehen und wichtige Informationen (Versorgung, rechtliche Fragestellungen ...) zukommen zu lassen. Beim letzten Erzählcafé in Salzburg folgten bereits über 30 Bettler/innen der Einladung. Erstmals wurde auch gemeinsam gesungen.

Mehr dazu: <http://www.armut-hat-platz.at/>

Idee 4: Kaffee Sospeso: Teilen & Genießen

Es ist ganz einfach. Ich zahle zwei Kaffees – einen für mich und einen für jemanden, der es sich nicht leisten kann, so die Aktion Sospeso Bo(h)nuskaffee, die ausgehend von Neapel jetzt auch in Österreich stärker Fuß fasst. Personen zahlen im Voraus in einem Lokal für Essen oder Trinken, das für jemanden bestimmt ist, der es sich nicht leisten kann. Spender und Empfänger bleiben einander unbekannt, um Großzügigkeit, Stolz und den Genuss von Kaffee auch in schweren Zeiten zu schützen. Nicht nur Kaffee, sondern auch Brot, kleine Mahlzeiten oder Gemüse werden so zwischen Unbekannten geteilt. In Serbien oder Montenegro machen über hundert Bäckereien, Gasthäuser und kleine Märkte mit. Am einfachsten: Lokale rund um die Pfarrgemeinde anfragen, ob sie mitmachen.

Mehr dazu: <http://www.sospeso-bohnuskaffee.at/>

Idee 5: Lerncafés

Nicht alle Kinder können die Schule ohne Hilfe bewältigen. Und vielen Eltern ist es kaum möglich, ihre Kinder dabei zu unterstützen. Kein Geld für Nachhilfestunden, ein niedriges Bildungsniveau der Eltern, mangelnde Deutschkenntnisse und/oder zu beengte Wohnverhältnisse sind nur einige der Gründe, die es SchülerInnen unmöglich machen, den gewünschten Lernerfolg zu erreichen. Vor diesem Hintergrund hat die Caritas mit den „Lerncafés“ ein kostenloses Lern- und Nachmittagsbetreuungsangebot ins Leben gerufen. Viele Lerncafés sind in Pfarren untergebracht. Neben der gezielten Hilfestellung bei Hausaufgaben und der Vorbereitung auf Schularbeiten und Tests geht es den hauptberuflichen und freiwilligen MitarbeiterInnen auch darum, den Kindern Freude am Lernen zu vermitteln und ihre Deutschkenntnisse zu stärken. Eine gesunde Jause sowie der regelmäßige Kontakt mit den Eltern sind im Lerncafé ebenfalls sehr wichtig.

Mehr dazu: <https://www.caritas.at/hilfe-beratung/migrantinnen-fluechtlinge/integration-bildung/lerncafes/>

Idee 6: Wärmestuben in Pfarren

Bereits zum vierten Mal startet die diözesane PfarrCaritas in Wien kommenden Winter die Aktion Wärmestuben. Im Winter 2014/15 waren im Zeitraum Dezember/Jänner bis März insgesamt 17 Wärmestuben in Wiener Klöstern und Pfarren geöffnet. Die rund 300 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen waren begeistert von den Begegnungen in den Wärmestuben. Der Bedarf an Wärmestuben ist weiterhin gegeben. Somit lädt die PfarrCaritas Wien Pfarren wieder ein, ihre Pfarrräumlichkeiten als Wärmestuben zu öffnen, um Menschen, die sich von der Kälte erholen wollen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Notsituation zu unterstützen. Damit geben sie die Möglichkeit, dass sich Menschen, die in ungenügend geheizten Wohnungen leben, ein paar Stunden ohne Konsumzwang in einem warmen Raum aufhalten können, und dass jene, die der Einsamkeit entfliehen wollen, die kostenlose Verköstigung nutzen oder das Gespräch suchen. Ehrenamtliche Wärmestuben-BegleiterInnen haben ein offenes Ohr für die Gäste.

Mehr dazu: www.pfarrcaritas.at

Idee 7: Öko-soziale Beschaffungsordnung

In einem Projekt wollen die Diözesen eine öko-soziale Beschaffungsordnung entwickeln. Mit Kriterien wie regionaler Einkauf und faire Produktion sollen Mensch und Umwelt geschont und zugleich durch einen gemeinsamen Einkauf Kosten reduziert werden. Damit soll über gemeinsame kirchliche Kaufentscheidungen die gesamte Wirtschaft öko-sozial beeinflusst werden. Auf Gemeindeebene könnte erhoben werden, wo derzeit Güter und Dienstleistungen eingekauft werden, und alternative Angebote geprüft werden.

Die Österreichische katholische Bischofskonferenz hat einen dementsprechenden Beschluss gefasst:

<http://www.bischofskonferenz.at/pages/bischofskonferenz/home/article/112182.html>

Idee 8: Projekt „Energieeffizienz“

Nach Vorbild der Evangelischen Kirche und ihre Projekts „Wirtschaft im Dienst des Lebens (WIDL)“ könnte angeregt werden, dass die Gemeinden – beginnend mit der Ausstellung von Energieausweisen – entsprechende Energie- und Klimaschutzmaßnahmen umsetzen.

Z.B. Römisch-katholische Pfarre Mauthausen: www.pfarre.mauthausen.at

oder die Initiative der Evangelischen Kirchen: www.widl.evangel.at

Idee 9: „Who cares?“ Sorgearbeit zur Sprache bringen

Die Katholische Frauenbewegung in NÖ hat sich – gemeinsam mit dem Ökumenischen Forum christlicher Frauen in Österreich – bei „sozialwort 10+“ mit einem Symposium zum Thema beteiligt. In der Folge erscheinen Beiträge im eigenen Medium. Auf Gemeindeebene könnte das Thema Care sichtbar gemacht werden: Wer leistet (zu welchen Bedingungen) Sorgearbeit bei uns? Wie müssen sich Rahmenbedingungen ändern?

Z.B. Anregung von „Care-Runden“ (wie sie auch zu anderen Themen bereits existieren) oder das Thema im Pfarrbrief aufgreifen etc. Im „Zukunftsforum“ der Katholischen Kirche wird derzeit u.a. zum Thema Care gearbeitet. Das Thema sollte dann auch auf Pfarr-Gemeindeebene weiter wahrgenommen werden.

Mehr dazu: www.kaoe.at/site/themen/zukunftsforum

Idee 10: „Spaziergänger“ als Begleiter/innen für Menschen mit Demenz

„Spaziergänger“ sind speziell geschulte Freiwillige, die bereit sind, sich mit Herzenswärme und Sensibilität auf die „Anderswelt“ eines Menschen mit Demenz einzulassen. Da viele Demenzkranke oft einen starken Bewegungsdrang haben, sind sie deprimiert, wenn sie diesem alleine nicht mehr nachkommen können. „Die Spaziergänger“ holen die Betroffenen zu Hause ab und nehmen sich regelmäßig Zeit, um die an Demenz erkrankten Menschen ein Stück des Weges zu begleiten. Ob ein Spaziergang in der Natur oder ein Kaffee-Nachmittag – die freiwilligen Spaziergänger entlasten mit ihrem Engagement auch die pflegenden Angehörigen.

Mehr dazu: www.caritas-vorarlberg.at

Selbstbefragung für Pfarrgemeinden

Wahrnehmen

1. In welchen der folgenden Arbeitsfelder Ihrer Pfarrgemeinde treffen Sie Menschen, die von Armut oder einer sozialen Krise betroffen sind?

- Kindergarten
- Jugendarbeit
- Besuchsdienst
- Gemeindefest
- Firm-/Konfirmandenarbeit
- Seniorenarbeit
- Gottesdienste
- Vorträge
- Gemeinde als Arbeitgeber
- Sonstiges:

2. Was sind die wichtigsten Hinweise darauf vor Ort?

- Arbeitslosigkeit
- Finanzielle Notlage
- Vereinsamung
- Arbeit im Niedriglohnsektor/Prekarisierung
- Krankheit
- Schlechte Wohnverhältnisse
- Wohnungslosigkeit
- Sucht
- Sonstiges:

3. Hat Ihre Pfarrgemeinde schon einmal eine Sozialraumanalyse² durchgeführt?

ja nein

4. Wissen Sie, wie hoch die folgenden Quoten in Ihrem Ort sind? Wenn nicht, dann schätzen Sie bitte und geben eine Prozentzahl an.

- Arbeitslosigkeit:
- Mindestsicherungsbezieher:
- Migrationsanteil:
- Personen über 80 Jahre:

5. Welche der folgenden Personen hat wie oft persönlich Kontakt zu Menschen in den genannten Lebenslagen?

	täglich	wöchentlich	monatlich	seltener
Pfarrer/in				
Gemeinderat				
Diakon/in				
Kirchenmusiker/in				
Gemeindesekretär/in				
Mesner				
Ehrenamtliche				
Andere:				

6. Schätzen Sie, wie viel Prozent der Pfarrgemeindeglieder zur Gruppe armutsbetroffener oder armutsgefährdeter Personen gehören: %

7. Gibt es eine/n Sozial-, Caritas- oder Diakoniebeauftragte/n oder einen Ausschuss in der Pfarrgemeinde?

ja nein

² Die Sozialraumanalyse ist eine Methode, mittels derer man Daten zu einem Ort sammelt und auswertet. Dazu können die kommunalen Daten herangezogen, aber auch Beobachtungen zu Infrastruktur, Vereinswesen, Bildungseinrichtungen, Ämtern, Beratungsstellen, Religionsgemeinschaften etc. gesammelt werden. Ziel ist es, herauszufinden, welche die markanten Merkmale und/oder Problembereiche des Sozialraums sind.

8. Gibt es in der Pfarrgemeinde eine Diakonie-/Caritaskasse?

Wie hoch sind die jährlichen Einnahmen der Diakonie-/Caritaskasse? Euro

Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben der Diakonie-/Caritaskasse? Euro

Wie hoch ist der Bestand der Diakonie-/Caritaskasse? Euro

Für wen bzw. wofür wird das Geld der Diakoniekasse ausgegeben? Schätzen Sie, wie viel Prozent der Gesamthilfe auf die einzelnen Gruppen entfallen:

- | | | | |
|----------------------------------------------------|---|-------------------------------------------------------------------------|---|
| <input type="radio"/> Durchreisende | % | <input type="radio"/> Familien | % |
| <input type="radio"/> Alleinerziehende | % | <input type="radio"/> Alleinlebende | % |
| <input type="radio"/> Freizeitangebote | % | <input type="radio"/> Bildungsangebote | % |
| <input type="radio"/> Projekt der Gemeinde | % | <input type="radio"/> Projekte des Kirchenkreises | % |
| <input type="radio"/> Finanzierung von Sachmitteln | % | <input type="radio"/> Finanzielle Unterstützung bei Gemeindeaktivitäten | % |

Sonstiges:

9. Welche anderen finanziellen Möglichkeiten nutzt Ihre Pfarrgemeinde zur Förderung armutsbezogener Arbeit?

- | | | |
|-----------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|------------------------------------------------|
| <input type="radio"/> Spenden/Kollekten | <input type="radio"/> Kirchliche Förderfonds | <input type="radio"/> Fundraising |
| <input type="radio"/> Stiftungen | <input type="radio"/> Staatliche Fördermittel | <input type="radio"/> Mittel der EU |
| <input type="radio"/> Serviceklubs (z.B. Rotarier, Lions) | <input type="radio"/> Gewerbe | <input type="radio"/> Banken (z.B. Sparkassen) |
| <input type="radio"/> Mittel der Lotterien | | |

Sonstiges:

- 10. Stellt die Pfarrgemeinde ihre Räumlichkeiten kostenfrei für armutsgefährdete oder von sozialer Krise betroffene Menschen zur Verfügung? (z.B. für Beratungsangebote, Selbsthilfegruppen ...)**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie Beispiele:

- 11. An welcher Stelle – und wie oft – wird das Thema Armut und soziale Krise in Ihrer Pfarrgemeinde angesprochen?**

	wöchentlich	monatlich	seltener
<input type="radio"/> Pfarrgemeinderat/Gremien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> Mitarbeiter/innenbesprechung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> Gruppen/Kreise	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> Gottesdienst	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> Gemeindebrief	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<input type="radio"/> Kindergarten etc.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Sonstiges:

Befähigen

12. Nutzen Haupt- und Ehrenamtliche Aus- und Fortbildungsangebote zum Thema Armut oder soziale Krisen?

- ja nein

Wenn ja, um welche Fortbildungsangebote handelt es sich?

13. Gibt es regelmäßige Besprechungen, begleitete Reflexionsgespräche oder Supervisionen für Haupt- und Ehrenamtliche im Arbeitsfeld Armut und Armutsgefährdung?

- ja nein

Tauschen Sie sich mit anderen armutsorientiert arbeitenden Pfarrgemeinden aus?

- ja nein

Wenn ja, mit wem tauschen Sie sich aus?

14. Mit welchen Einrichtungen arbeitet die Pfarrgemeinde beim Thema Armut zusammen?

- | | | |
|--------------------------------------------------|------------------------------------------------|---------------------------------------------|
| <input type="radio"/> Kinderkrippen/Kindergärten | <input type="radio"/> Schulen | <input type="radio"/> Vereine |
| <input type="radio"/> Bibliotheken | <input type="radio"/> Kommunale Einrichtungen | <input type="radio"/> Soziale Einrichtungen |
| <input type="radio"/> Kultureinrichtungen | <input type="radio"/> Religiöse Gemeinschaften | <input type="radio"/> Geschäfte/Betriebe |
| <input type="radio"/> Polizei | <input type="radio"/> Gesundheitswesen | <input type="radio"/> Jugendämter |
| <input type="radio"/> Sozialorganisationen | <input type="radio"/> Arbeitsmarktservice | |

Sonstige:

- 15. Gibt es regelmäßige Treffen der Verantwortlichen vor Ort, um sich in Blick auf Armutsbekämpfung auszutauschen, Angebote aufeinander abzustimmen und gemeinsame Planungen vorzunehmen?**

ja nein

Wenn ja, nimmt die Pfarrgemeinde daran teil?

ja nein

- 16. Werden Hilfe suchende Personen innerhalb der Pfarrgemeinde oder zu professionellen Beratungsstellen weitervermittelt?**

ja nein

Wenn ja, wird der Übergang begleitet bzw. zurückgemeldet, ob betroffene Personen „angekommen“ sind?

ja nein

- 17. Welches Ziel haben die armutsorientierten Angebote der Pfarrgemeinde?**

- Information (z.B. Vorträge)
- Notversorgung (z.B. Tafel)
- Teilhabe (z.B. Freizeitangebote für einkommensschwache Familien)
- Befähigung (z.B. Kochen mit wenig Geld)

Sonstiges:

- 18. Gibt es in Ihrer Pfarrgemeinde vorbeugende Initiativen zur Armutsprävention und Vorsorge sozialer Krisen wie z.B. Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen, Netzwerke oder Informationsbörsen?**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie Beispiele:

19. Ist es in den letzten zwölf Monaten gelungen, die Armutssituation einiger Menschen in Ihrer Gemeinde nachhaltig zu verändern?

ja

nein

Wenn ja, wie ist Ihnen das gelungen?

Wie haben Sie davon erfahren, dass sich die Situation verbessert hat?

Persönliches Gespräch

Telefon

Über Mitarbeitende der Pfarrgemeinde

Über Mitarbeitende von Beratungseinrichtungen

Sonstiges:

Teilhaben

20. Fragen Sie von Armut Betroffene nach ihren Wünschen und Vorstellungen für Angebote in der Pfarrgemeinde?

ja

nein

21. Sind von Armut Betroffene in die Gestaltung von Angeboten der Pfarrgemeinde eingebunden?

ja

nein

Wenn ja, an welcher Stelle?

- 22. Sind Angebote der Pfarrgemeinde auf Initiative von Menschen entstanden, die von Armut betroffen sind?**

ja nein

Wenn ja, welche sind das?

- 23. Werden Angebote der Pfarrgemeinde von Menschen, die von Armut betroffen sind, selbstverantwortlich durchgeführt?**

ja nein

Wenn ja, welche sind das?

- 24. Arbeiten von Armut Betroffene in Gremien der Pfarrgemeinde oder in Netzwerken mit?**

ja nein

Wenn ja, welche Gremien und Netzwerke sind das?

- 25. Gibt es Sozialkriterien bei der Einstellung neuer Mitarbeiter/innen?**

ja nein

- 26. Gibt es Möglichkeiten, Menschen durch Mitarbeit einzubeziehen, damit sie nicht als Bittsteller auftreten müssen?**

ja nein

- 27. Bedenken Sie bei der Planung von Angeboten in der Pfarrgemeinde die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit wenig Geld? (beispielsweise durch Erstattung von Fahrtkosten und Material bei ehrenamtlichem Engagement)**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie Beispiele:

- 28. Bedenken Sie bei der Planung von Angeboten die Teilhabechancen von Menschen mit eingeschränkter Mobilität? (beispielsweise durch eingeschränkten Nahverkehr)**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie Beispiele:

- 29. Bieten Sie eine Kinderbetreuung bei Ihren Angeboten an? (damit z.B. eine Alleinerziehende am Chor teilnehmen kann)**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie Beispiele:

- 30. Achten Sie bei der Gestaltung und Benennung der Angebote auf eine respektvolle, nicht ausgrenzende Sprache?**

ja nein

Wenn ja, nennen Sie beispielhaft Ihre Formulierungen:

